

01) Wer gibt Ihnen das Recht, Frau Merkel? (Wiederholung)

28. 07. 2021



Dr. Norbert Freiherr van Handel (Foto: © Dr. Norbert van Handel)

Dieser vor fünf Jahren erschienene Gastbeitrag von Dr. Norbert van Handel hat seinerzeit im deutschsprachigen Raum und zum Teil weit darüber hinaus große Aufmerksamkeit und mediales Echo hervorgerufen. Wir wiederholen den Beitrag heute aus gegebenem Anlass: dem bevorstehenden Ende der Ära Merkel.

Vermerkt sei noch, dass einige der seinerzeitigen Medieninterpretationen soweit gingen, in dem Beitrag die Meinung oder eine Direktive des Hauses Habsburg-Lothringen erkennen zu wollen; ein besonders weitschießender Bericht titelte sogar „Ein offener Brief aus dem deutschen Kaiserhaus“ (sic!)

Um solchen Spekulationen entgegenzutreten und Missverständnissen vorzubeugen, möchte der Autor ausdrücklich darauf hinweisen, dass dieser namentlich von ihm gezeichnete Artikel lediglich seine Privatmeinung ist und somit nicht die Ordensmeinung des Europäischen St.Georgs-Ordens, dessen Prokurator er seinerzeit war, oder gar des Großmeisters des Europäischen St. Georgs-Ordens zum Ausdruck bringt.

Wer gibt Ihnen das Recht, Frau Merkel?

Von Dr. Norbert van Handel (Steinerkirchen a.d. Traun)

- Wer gibt Ihnen das Recht, Frau Merkel, durch Ihre Politik die Identität Europas zu zerstören?
- Wer gibt Ihnen das Recht, Deutschland in ein Land der Unsicherheit mit brennenden Flüchtlingsheimen, Vergewaltigungen und ansteigender Ausländerkriminalität zu verwandeln?
- Wer gibt Ihnen das Recht, Frau Merkel, auch die angrenzenden Länder Österreich, Kroatien, Slowenien, Südtirol etc. durch Ihre Politik zu destabilisieren?
- Mit welcher Berechtigung, Frau Merkel, kritisieren Sie, wie erst kürzlich mit Ministerpräsident Renzi in Rom, die österreichische Grenzpolitik, wenn Sie andererseits sich in Deutschland freuen, dass – nur durch diese Grenzpolitik (!) – weniger Flüchtlinge nach Deutschland kommen?
- Wer gibt Ihnen das Recht, Frau Merkel, gemeinsam mit Herrn Schäuble, dafür verantwortlich zu sein Milliarden von Steuergeldern europäischer Bürger in Griechenland zu versenken, wobei gleichzeitig dieses Geld nicht den Menschen dort, sondern zu den deutschen und französischen Banken fließt, um deren Pleitepolitik zu sanieren?
- Wer gibt Ihrem Vizekanzler Herrn Gabriel das Recht, den demokratischen Staat Österreich zu kritisieren und sich dort in die Bundespräsidentenwahl einzumischen?
- Wie vereinbaren Sie, Frau Merkel, mit Ihrem eigenartigen Verständnis von Demokratie, ausgerechnet den undemokratischen Polizeistaat Türkei zu unterstützen, nur weil Ihre verfehlte Flüchtlingspolitik Sie nunmehr zwingt sich von Erdogan erpressen zu lassen?
- Mit welcher Berechtigung, Frau Merkel, vereinbaren Sie mit der Türkei eine Visa-Politik, die zusätzlich zu den Immigranten hunderttausende von Türken nach Europa bringt, wenn sie denn überhaupt funktioniert, was zunehmend weniger wahrscheinlich ist?
- Wer sind Sie eigentlich, dass Sie sich erlauben ganz Europa zu islamisieren, ohne Rücksicht auf die Interessen und den Willen der Bevölkerung?
- Wer gibt Ihnen das Recht TTIP zu unterstützen, das Europa immer mehr in die Hand der amerikanischen Großindustrie und -finanz bringt?
- Meinen Sie wirklich, dass eine in Mitteldeutschland sozialisierte Pastorentochter mit SED-Vergangenheit auch nur irgendein moralisches Recht hat unseren Kontinent zu ruinieren?
- Glauben Sie wirklich, dass Sie mit Ihrem „Muttigehabe“ Ihren hoffentlich baldigen Rücktritt abwehren können und glauben Sie tatsächlich, dass Ihr Bild in der Geschichte als ZerstörerIn unseres Kontinents besonders glorreich werden wird?
- Glauben Sie wirklich, dass Sie mit Ihren willfährigen Regierungskollegen vermeiden können, dass in Deutschland und Europa der Widerstand so stark werden wird, dass bürgerkriegsähnliche Zustände, wie sie derzeit schon in manchen Teilen Europas zu beobachten sind, vermieden werden können?
- Sind Sie wirklich stolz darauf hauptverantwortlich dafür zu sein, dass der Frieden in Europa, die europäische Union und vor allem die kulturelle Identität unseres Kontinents zerfällt?

Nehmen Sie zur Kenntnis, Frau Merkel, dass immer mehr Menschen aus der christlichen Mitte, weder Nationalisten, noch ewig Gestrige, sondern Menschen, die an die Zukunft Europas, aber nicht an Ihre Zukunft glauben, sich in kleineren und größeren Gruppen zusammenfinden, die letztendlich Sie und Ihre katastrophale Politik zum Einsturz bringen werden!

Dr.iur. Norbert Freiherr van Handel ist Unternehmer und (ehem.) Prokurator des Europäischen St.Georgs-Ordens, eines Ordens des Hauses Habsburg-Lothringen. Der Orden ist christlich und wertkonservativ, bekennt sich zu einem geeinten, selbstbewussten Europa und unterstützt den multinationalen alt-österreichischen Staatsgedanken sowie das verstärkte Erfordernis der Kooperation mit den Staaten Zentral- und Südosteuropas. Im Internet: europaeischer-sanct-georgs-orden.org

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

*

02) Gericht verbietet Zurücksenden illegaler Migranten nach Italien aus „humanitären Gründen“

24. 08. 2021



Demo einer „Plattform für eine menschliche Asylpolitik“ | Bild: Screenshot facebook

Mittlerweile sind es nicht nur Drittweltländer in die aus „humanitären Gründen“ illegal eingereiste und/oder kriminelle Versorgungssuchende aus Deutschland nicht zurückgesendet werden dürfen. Jetzt zählt auch der EU-Staat Italien zu den Ländern, in denen eine Schutzsuche „Flüchtlingen“ nicht zugemutet werden kann. Zumindest aus deutscher Sicht. Da nützt es wenig, dass Italien jährlich Milliarden für die ungebetenen Gäste aufbringt und dass es gerade in diesem Land den Ankömmlingen vielfach ein Komfort geboten wird, der seinesgleichen sucht.

Italien zu „unmenschlich“ für ungebeten Migranten

Nach einer Entscheidung des nordrhein-westfälischen Oberverwaltungsgerichts in Münster, können über Italien eingereiste Schutz- oder Asylsuchende von Deutschland nicht ohne Weiteres dorthin zurückgeschickt werden. Das Gericht sieht in Italien die ernsthafte Gefahr einer unmenschlichen und erniedrigenden Behandlung. Zu den Urteilen erklärt der innenpolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, Gottfried Curio:



Dr. Gottfried Curio, Innenpolitischer Sprecher der AfD-Fraktion. YouTube Screenshot

„Ein skandalöses Urteil des Oberverwaltungsgerichts Münster will Deutschland auf die dauerhafte Anerkennung von Merkels Bruch von Dublin III festlegen. Rechtmäßige Rücküberstellungen nach Italien sollen aus humanitären Gründen einer dortigen, angeblichen Minderversorgung ausgeschlossen werden. Die Einübung in den akzeptierten Rechtsbruch trägt jetzt weitere Früchte. Das Virus der rechtsstaatlichen Verkommenheit der Regierung breitet sich ungehindert aus.

Selbst bei hypothetischer Anerkennung der lächerlichen Vorwürfe der afrikanischen Asylbewerber gegen das EU-Land Italien ist der richtige Weg natürlich nicht die erzwungene Rechtsbeugung in Deutschland – der Versuch, Merkels Unrecht in deutsches Recht zu gießen; vielmehr müssen die Betroffenen nach Italien rücküberstellt werden, wo sie dann vor italienischen wie europäischen Gerichten ihre Versorgungsstandards einklagen könnten.

Aber – wie wenig überraschend – geht es in Merkel-Deutschland nur noch um die fortdauernde Anwesenheit afrikanischer Ausländer unter dem Deck-Narrativ ‚Flüchtling‘ um jeden Preis. In der Schleifung aller Maßstäbe sind sich Exekutive und Judikative hier wieder einmal einig. Eine Rückkehr zur Rechtsstaatlichkeit ist nur noch mit der AfD-Fraktion zu haben.“

Vor dem Hintergrund der kommenden Migrantenflut aus Afghanistan bedeutet die genannte Rechtsbeugung nichts Anderes als das, dass nach Italien verbrachte Afghanen aller Wahrscheinlichkeit ebenfalls in Deutschland landen werden. Und bleiben dürfen.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

03) Syrer-Duo mit Sprengstoff nach Verfolgungsjagd gestellt: gleich wieder auf freiem Fuß

23. 08. 2021



Gesprengter Geldautomat (Symbolfoto)

Während mittellose Senioren wegen Nichtbezahlen der GEZ-Gebühr wochenlang inhaftiert werden, reagiert die Justiz wesentlich „sensibler“, wenn Gesetzesbrecher „Schutzsuchende“ sind. In unserem Fall sind es zwei Syrer, die beim Versuch einen Geldautomaten einer Bank zu sprengen „gestört“ und – schon wieder auf der Flucht – auch gestellt wurden.

[BILD](#) dazu:

„Nach der spektakulären Jagd mit Streifenwagen und Hubschrauber konnte die Polizei die beiden Syrer Ahmed L. (20) aus Aschaffenburg und Rami A. (21) aus Northeim in Feldern an der L461 stellen. Auf ihrer Flucht hatten sie zuvor ihren Chevrolet Epica in einen Graben gesetzt. Im Wagen entdeckten die Ermittler Sprengmaterial.“

So weit, so schlecht. Es ist ja nichts Ungewöhnliches, dass sich unter den Bereicherern jede Menge Schwerstkriminelle befinden und ungewöhnlich ist auch nicht, dass derartige Elemente von den Gerichten bevorzugt mit Glatzehandschuhen angefasst werden. Warum sollte es ausgerechnet in diesem Fall anders sein? Eben – und deshalb ließ die Haftrichterin die beiden Goldstücke sofort wieder laufen.

„Unwürdiger Zustand“

Da trat jedoch eine weitere Unbill ein. Die Kleidung der beiden Herren wurde zwecks Spurensicherung sichergestellt und Geld für die Heimreise war auch keines da, die

Fachkräfte gaben an, mittellos zu sein. Haben sie das Geld vorhergegangener Automaten Sprengungen, die man ihnen anlastet, bereits verjubelt oder bloß wo gebunkert? No problem – Marcin Raminski, Anwalt von L., stattete beide aus: „Sie waren mittellos. So können sie nicht nach Hause fahren. Ein unwürdiger Zustand“.

Um diesen unwürdigen Zustand zu beenden gab der Jurist den beiden Geld für die Heimfahrt. Zuvor ging man dann noch in provisorischen Schutzanzügen shoppen.

Die Kripo prüft, ob das Duo auch für die sechs weiteren Geldautomaten-Sprengungen im Raum Hannover seit Mitte Juni mitverantwortlich ist. Schaden: mehrere Zehntausend Euro. Spielt ja alles keine Rolle. Hautsache, alles ist bunt und weltoffen und den „Flüchtlingen“ geht es gut...

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

04) Afrikanische „Baby Gang“ verwüstet Riccione

23. 08. 2021



Bildquelle: VoxNews

Multiethnische Nacht in Riccione (Provinz Rimini): 30 meist minderjährige Kinder von Einwanderern, also der zweiten Generation, die laut dem aktuellen Gesetz mit Volljährigkeit „italienische Staatsbürger“ werden, haben nach einem abgesagten Konzert in der Stadt für Aufruhr gesorgt. Der marokkanische Rapper, der bei dem Konzert auftreten sollte: „Ich gehe zurück und raube die Touristen aus“.

Seite xx zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 797 vom 26.08.2021

Die Gruppe, die sich aus etwa 30 Kindern von Einwanderern zusammensetzte, zerstörte alles, was sich ihr in den Weg stellte, von Autos bis hin zu Straßenmöbeln, während sie sich von einem Veranstaltungsort zu einem anderen begab. Beide Veranstaltungen waren von der Polizei wegen Verstoßes gegen die Covid-Vorschriften verboten worden.

Es ist diese Figur, die, anstatt im Gefängnis zu sitzen, Verwüstungen organisiert:

[Questo rapper islamico ha guidato l'assalto ai poliziotti a Milano: Baby Gang](#)

Su questa notizia: 300 IMMIGRATI METTONO A FERRO E FUOCO UN QUARTIERE DI MILANO: E' STATA UNA RIVOLTA ISLAMICA – VIDEO Vomitevole come i 'giornalisti' definiscono gli immigrati di seconda generazione. Il 'lecchese' Mourad. C'è anche un lecchese tra i protagonisti della rivolta che sabato pomeriggio ha seminato il caos in via Micene a Milano, ...

[Leggi tutto Questo rapper islamico ha guidato l'assalto ai poliziotti a Milano: Baby Gang](#)



<https://voxnews.info/>

„Aus Gründen, die sich meiner Kontrolle entziehen, wurde die Live-Show wieder einmal abgesagt. Das bedeutet, dass ich ab heute wieder Touristen am Strand von Riccione mit „Moskitos“ bekämpfen werde, weil ich sonst nicht weiterkomme. Ich scherze nicht“. Für diejenigen, die es nicht wissen: „Moskitos“ bedeutet in der Jugendsprache „ausrauben“.

Die Nachricht von der Absage des Konzerts traf gegen 2 Uhr nachts ein, und zu diesem Zeitpunkt verstärkte die Gruppe von 30 Minderjährigen, vielleicht auch aufgrund eines viel höheren Alkoholpegels als erwartet, ihre Hooligan-Aktion in der Stadt. Von der Strandpromenade von Riccione aus bewegte sich die Gruppe in Richtung Stadtzentrum, wo sie ihr Unwesen trieb. Sie sprangen auf geparkte Autos, traten sie und warfen Steine auf die Autos und alles um sie herum. Andere zerstörten Straßenschilder, und die Szene war so surreal, dass die (wenigen) Touristen, die zu dieser Zeit noch unterwegs waren und vielleicht von einem gemütlichen Spaziergang an der Strandpromenade zurückkehrten, gezwungen waren, sich in ihren Hotels zu verbarrikadieren. Die Anwohner taten dasselbe und versteckten sich in ihren Häusern, während jemand die Carabinieri rief.

Als Streifenwagen vor Ort eintrafen, begann der große Ansturm, aber nicht alle konnten entkommen. Einige wurden angehalten und identifiziert. Mehrere Autos wurden durch die Wut der Bande beschädigt, und einige Schaufenster wurden eingeschlagen. Die Carabinieri leiteten eine Untersuchung ein, um alle Urheber der Verwüstung zu ermitteln und Bilder von den zahlreichen Überwachungskameras in dem Gebiet zu beschaffen, um die Vandalen zu identifizieren. Dies ist nicht der erste Vorfall dieser Art an der Côte d'Azur, wo es im Laufe des Sommers mehrere Fälle von Vandalismus durch unkontrollierte Jugendbanden gegeben hat. „Der letzte Akt eines verrückten Sommers, der schlimmste, den es in unserem Gebiet je gegeben hat“, sagen die oppositionellen Fratelli d'Italia, während Bürgermeister Tosi zu dringenden Maßnahmen aufruft.

In der Zwischenzeit hat der lombardische Regionalrat Max Bastoni, Mitglied der Lega Salvini, das Thema auf die nationale Ebene gehoben: „Nach dem städtischen Guerillakrieg im Stadtteil San Siro im vergangenen April war der Mailänder Trapper Zaccaria Mohuib in die Terrornacht verwickelt, die seine nordafrikanischen Partner in Riccione ausgelöst hatten, nachdem eines seiner Konzerte verboten worden war. In Anbetracht seiner sozialen

Gefährlichkeit sollte der Questore (Polizeipräsident) Zugangsverbote und andere geeignete Maßnahmen in Betracht ziehen, um die Entstehung von Straftaten zu verhindern, die er gewöhnlich begeht“.

Der Lega-Mann fuhr fort: „Die betreffende Person sagte nach der Absage des Konzerts, dass er zurückkehren würde, um Touristen am Strand von Riccione auszurauben, und wie von Geisterhand führten seine Anhänger den Befehl aus. Er ist bereits vorbestraft und wurde

wegen Missbrauchs von Kinderfotos angeklagt; er propagiert Gesetzlosigkeit und brüstet sich damit. Ein perfektes Produkt der zweiten Generation von Einwanderern. Wenn wir die Gefahren nicht erkennen, stehen wir vor einem Fiasko“.

Quelle: [VoxNews](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

05) Neue Fluchtroute Belarus/Polen: Kirchen auch hier auf Seite der Schleuser

22. 08. 2021



Bekanntlich hat der Konflikt zwischen der EU und Weißrussland den dortigen Diktator Alexander Lukaschenko auf die glorreiche Idee gebracht, die EU dahingehen zu erpressen, dass man von dort Versorgungssuchende einfach über die Grenze nach Polen und/oder Litauen schickt. Lukaschenko kommt dabei noch zugute, dass in es in der Union – besonders im Westen – genug Gutmenschen, NGOs und Politstrategen gibt, die nicht genug kulturfremde Zivilokkupanten hier haben können. Wir erinnern uns an die Bahnhofklatscher und Plüschtierwerfer im Zuge der „Refugees welcome“ Euphorie im Jahr 2015 und an die Komplizen die Zusammenarbeit mit Schleuserbanden, deren kriminelles Geschäftsmodell Nun ist es jedoch so, dass Polen und Litauen sich nicht von Lukaschenko erpressen lassen und zum Einfallstor für Versorgungssuchende in die EU werden wollen. Dementsprechend schützen dies Länder ihre Grenzen, was zur Folge hat, dass beispielsweise in der polnisch-weißrussischen Grenze für die meisten Invasoren Endstation ist. Und jetzt tritt ein, was in den westlichen EU Ländern bereits gängig Praxis ist: Die Kirchen setzen sich massiv für die Aufnahme der ungebetenen Gäste ein. Und das selbstverständlich untern dem Namen der „Nächstenliebe“, gerade so, als ob Christus nicht gesagt hätte „du sollst deinen Nächsten lieben, wie dich selbst“, sondern „du sollst deinen Übernächsten mehr lieben wie dich selbst samt deine Landsleuten“. Dass das keine zynische Bemerkung ist, beweist die Politik in als Seenotrettung in den Mainstreammedien dargestellt wird.

Deutschland, wo Einheimische in der Rente mit ein paar hundert Euro im Monat abgespeist werden, während für einen angeblichen „minderjährigen unbegleiteten Flüchtling“ (MUFL) der Steuerzahler monatlich bis zu 6.000 Euro zu löhnen hat. Wobei es da keine Rolle spielt, ob so eine Figur ein Krimineller oder nur ein „normaler“ Asylbetrüger ist.

Und ganz in diesem Sinne schreibt der Vorsitzende des Rates der Polnischen Bischofskonferenz (KEP) für Migration und Pilgerreisen, Bischof Krzysztof Zadarko, in einer Botschaft über angebliche „Flüchtlinge“, die jetzt nach Polen wollen:

„Eine humane und evangelische Antwort auf die Probleme von Migranten und Flüchtlingen darf niemals durch irgendeine Gerichtsbarkeit eingeschränkt oder ausgesetzt werden. Die Gastfreundschaft gegenüber dem Fremden ist eines der Kennzeichen unseres Glaubens.“

Und weiter:

„Wir sind uns der Komplexität der geopolitischen Bedingungen bewusst, die zu den aktuellen Migrationsprozessen führen. Wir sind zuversichtlich, dass die für die Strafverfolgung zuständigen Stellen die internationalen Verpflichtungen gegenüber Schutzsuchenden, einschließlich des Rechts, einen Antrag auf internationalen Schutz zu stellen, in vollem Umfang einhalten werden“.

Besondere Aufmerksamkeit schenken die Geistlichen der Situation in Usnary Górný an der Grenze zu Weißrussland, wo immer noch Migranten aus Afghanistan kampieren. Darunter „sind auch Frauen und Kinder“, berichtet fakt.pl. (**Anm. der Red.:** man beachte die vielen Frauen und Kinder unter den Campierenden auf dem Bild oben).

Der KEP-Rat für Migration und Pilgerschaft wies darauf hin, dass die Machthaber zwar das Recht haben, gegen die illegale Auswanderung vorzugehen, dass sie dabei aber die Menschenrechte nicht vergessen dürfen. Welche Menschenrechte? Das Recht etwa von Weißrussland in die EU einzuwandern um sich dort per all-inklusive-Paket lebenslang gratis versorgen zu lassen. Oder das Recht sich seine Wunschdestination aussuchen zu dürfen, nämlich dort, wo es sich am komfortabelsten „Schutz suchen lässt“.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

06) Italien: mehr als 60.000 Migranten beziehen Rente, ohne jemals gearbeitet zu haben

20. 08. 2021



Bildquelle: VoxNews

Im letzten Jahr vor dem Covid, dem letzten Jahr, für das genaue Zahlen des *Istituto Nazionale Previdenza Sociale* (INPS) vorliegen, gab es über hunderttausend ausländische Staatsangehörige, die einen Rentenscheck erhielten. Fast alle von ihnen ohne ausreichende Beiträge gezahlt zu haben. Mehr als 60.000 von ihnen sogar ohne jemals einen einzigen Euro Beitrag gezahlt zu haben. Oder jemals in Italien gearbeitet zu haben.

Mehr als 500 Millionen Euro wurden aus den Kassen der INPS gestohlen. All dies ist auf ein Gesetz zurückzuführen, das von der Regierung Prodi verabschiedet und von keiner anderen Regierung aufgehoben wurde.

Dies sind mehr als 60 % der gesamten Rentenausgaben, die das INPS für nicht-italienische Bürger (die alle Voraussetzungen für den Erhalt eines Sozialversicherungsschecks erfüllen) veranschlagt. Das bedeutet, dass die Mehrheit der Zuwanderer, die eine Rente beziehen, diese erhalten, ohne jemals gearbeitet zu haben.

Die Sozialrente wurde geschaffen, um denjenigen Italienern, die aus dem einen oder anderen Grund keine Beiträge zahlen konnten, einen angemessenen Lebensabend zu garantieren. Stattdessen bekommen es die Großeltern der Einwanderer, die im Zuge der Familienzusammenführung nach Italien gebracht wurden.

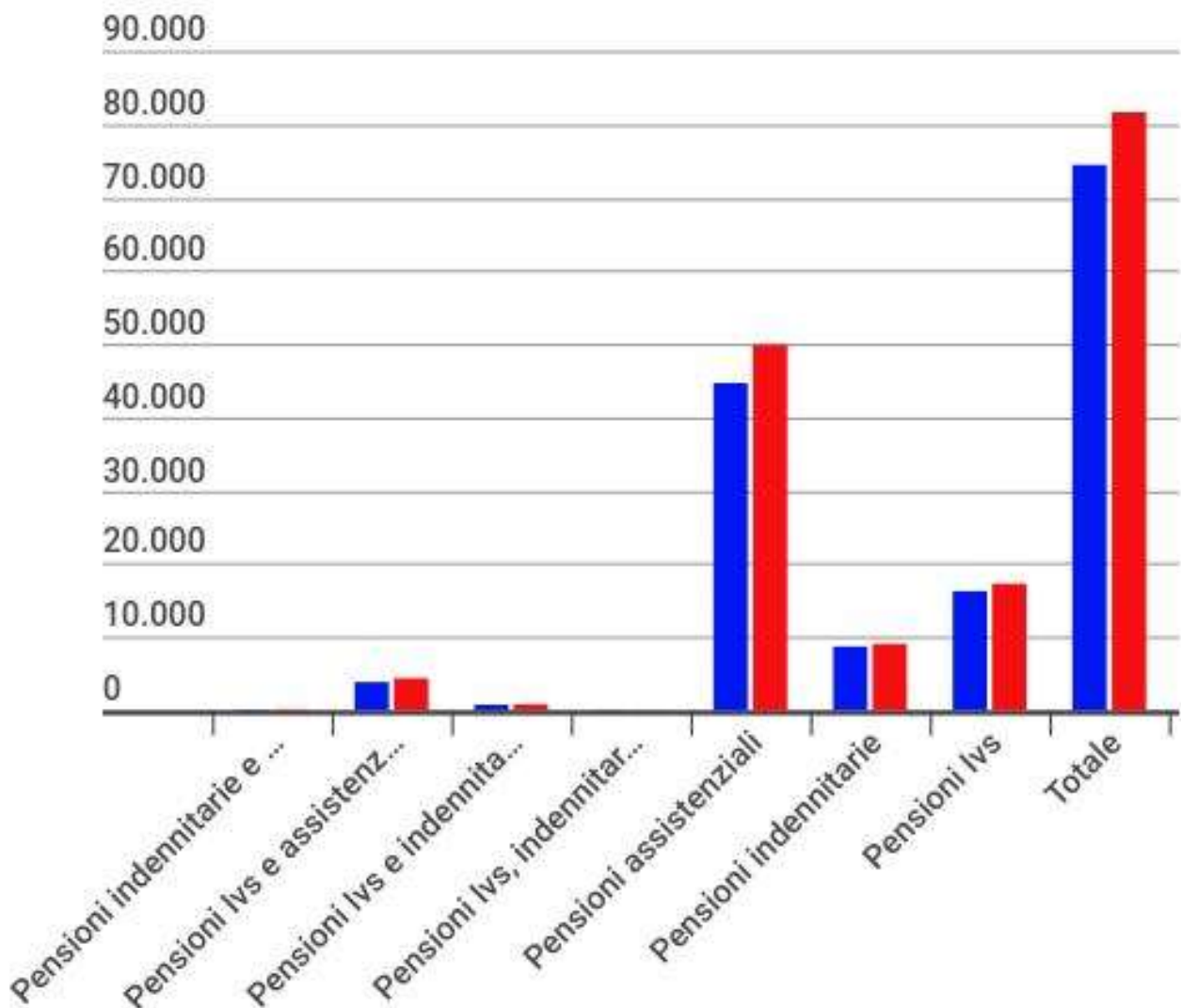
In der Liste sind auch ansässige Flüchtlinge, Personen mit subsidiärem Schutz und langfristig Aufenthaltsberechtigte enthalten.

Diejenigen, die eine Sozialrente in Anspruch nehmen können, müssen ein geringes Jahreseinkommen von weniger als 5.824,91 € haben.

Ein Einwanderer braucht nur Familienzusammenführung mit seinen Eltern/Großeltern/Urgroßeltern beantragen, und das war's. Danach kann man die „Zusammengeführten“ auch wieder in ihr Heimatland zurückschicken und es den Behörden einfach nicht mitteilen. Und das passiert sehr oft.

Tatsächlich wurde 2017 dank elektronischer Kontrollen festgestellt, dass viele Zuwanderer, die eine Rente beziehen, nicht einmal in Italien wohnhaft sind. Aber auch ohne diese Betrüger ist die Gewährung von Sozialrenten an Personen, die nie in Italien gearbeitet haben und keine Italiener sind, eine Schande.

Doch die beitragsfreie Rente ist nur ein Teil des Problems.



Die Zahlen in der obigen Grafik zeigen die Anzahl und die Art der Renten, die von in Italien ansässigen Zuwanderern in den Jahren 2015–2016 bezogen wurden. Das INPS, das diese Daten zur Verfügung gestellt hat, verzeichnete im Jahr 2015 81.619 Begünstigte, gegenüber 74.429 im Vorjahr. Im Jahr 2017 waren es bereits über 95.000, davon über 60.000, ohne jemals einen Euro an Beiträgen gezahlt zu haben.

Ein weiterer besorgniserregender Trend. Von 2012 bis 2018 ist die Zahl der Nicht-EU-Beschäftigten laut INPS-Daten um 0,3 % gesunken, die Zahl der Renten ist dagegen um 58 % gestiegen und die Zahl der Leistungen um 33 %. Das liegt daran, dass wir mit der Familienzusammenführung Trittbrettfahrer importieren:



„Wir sind nur gekommen, um zu essen und zu schlafen“

Quelle: [VoxNews](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

07) Slowenische EU-Ratspräsidentschaft verurteilt die Versuche Weißrusslands, Migranten für politische Zwecke auszubeuten

Von Sara Kovac

19. 08. 2021



Innenminister Aleš Hojs · Foto: GOV.SI

In einer außerordentlichen Videositzung diskutieren die EU-Innenminister heute unter anderem über die illegale Migration aus Weißrussland und die Lage in den betroffenen EU-Mitgliedstaaten. Die slowenische EU-Ratspräsidentschaft unterstützt und bekundet nachdrücklich ihre Solidarität mit diesen Ländern und verurteilt die Versuche von Belarus, Menschen für politische Zwecke auszubeuten, sagte Innenminister Aleš Hojs.

Bei einer vom slowenischen EU-Ratsvorsitz auf Ersuchen Litauens einberufenen außerordentlichen Sitzung werden sich die Minister mit der Lage an der EU-Außengrenze zu Weißrussland und den von der illegalen Einwanderung aus Weißrussland betroffenen Ländern befassen. Dazu gehört insbesondere Litauen, erklärte Innenminister **Aleš Hojs**, der persönlich an den Gesprächen in Brüssel **teilnimmt**, gegenüber der slowenischen Nachrichtenagentur STA vor dem Treffen. *„Die Situation vor Ort ändert sich sehr schnell, daher müssen wir uns meiner Meinung nach auch auf Lettland und Polen konzentrieren“*, sagte er und fügte hinzu, er hoffe, dass die heutige Debatte sehr offen und erfolgreich verlaufen würde.

Der österreichische Innenminister **Karl Nehammer** sagte der österreichischen Nachrichtenagentur APA vor dem Treffen, Belarus versuche, die EU durch „illegale

Migration“ zu erpressen, um die gegen das Regime in Minsk verhängten Sanktionen aufzuheben. Es sei völlig inakzeptabel, Menschen für eine „Erpressungspolitik“ auszunutzen, so der Minister.

Litauen und Polen stehen unter starkem Migrationsdruck

Insbesondere Litauen ist nach dem jüngsten Anstieg der illegalen Übertritte von Migranten aus dem Irak, Afghanistan und Syrien über die litauisch-weißrussische Grenze unter starken Druck geraten. Die litauischen Behörden haben in diesem Jahr bereits mehr als 4.000 illegale Grenzübertritte verzeichnet. Dank einer weiteren Verschärfung der Grenzkontrollen und dem Einfrieren aller Flüge aus dem Irak nach Weißrussland ist die Zahl der in Litauen ankommenden illegalen Migranten in den letzten Wochen deutlich zurückgegangen. Auch in Lettland und Polen war ein Anstieg des Zustroms von Migranten zu verzeichnen.



Litauen und Polen sind unter starken Migrationsdruck geraten - Bildquelle: Demokracija

Von den Ministern wird erwartet, dass sie konkrete Maßnahmen und Formen der Unterstützung der betroffenen Länder bei der Kontrolle und Eindämmung illegaler Grenzübertritte mit Weißrussland abschließen. Es ist auch von koordinierten Maßnahmen zum Schutz der Integrität und Sicherheit dieses Teils der EU-Außengrenze die Rede.

DEMOKRACIJA

Dieser Beitrag erschien zuerst bei [DEMOKRACIJA](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

08) Bystron: „Afghanische Migranten ortsnah unterbringen!“

18. 08. 2021



Der AfD-Obmann im Auswärtigen Ausschuss Petr Bystron.

Zu den dramatischen Ereignissen in Afghanistan, dem Fall Kabuls und den Konsequenzen für Deutschland erklärt Petr Bystron, Obmann im Auswärtigen Ausschuss der AfD-Bundestagsfraktion:

„Die Bundeswehr war zwanzig Jahre im Einsatz am Hindukusch. Gemeinsam mit weiteren NATO-Partnern haben unsere Soldaten mit großem Engagement und Sachkompetenz die afghanischen Streitkräfte ausgebildet. Der Einsatz hat Deutschland über zwölf Milliarden Euro gekostet.

Nach dem Abzug der westlichen Streitkräfte hat die über zwanzig Jahre lang mit einer massiven westlichen Hilfe aufgebaute afghanische Armee dem Vormarsch der Taliban keinen Widerstand geleistet. Die 300.000 Mann starken und vom Westen trainierte afghanische Sicherheitskräfte haben ihr Land nicht gegen rund 80.000 Taliban-Terroristen verteidigt.

Daran zeigt sich, dass die Afghanen selbst nach zwanzig Jahren westlicher Unterstützung die Idee der westlichen Demokratie nicht übernommen haben. Sie sind, selbst bei einer massiven zahlenmäßigen Überlegenheit und mit modernerer Ausrüstung nicht bereit, für diese Werte gegen die Taliban zu kämpfen. Damit ist der Afghanistan-Einsatz gänzlich gescheitert. Die Ziele der Mission, an den zwanzig Jahre lang gearbeitet wurde, sind innerhalb weniger Tage implodiert. Dieser Einsatz ist ein außenpolitisches Fiasko – er war kein einziges Leben von den 59 gefallenen deutschen Soldaten wert.

Damit auf dieses militärische Desaster nicht eine weitere Katastrophe folgt, ist es notwendig, jetzt sofort zu verhindern, dass der Migranten-Strom aus Afghanistan nach Europa gelangt. Wir fordern die Bundesregierung auf, jetzt gemeinsam mit der UNO, der EU und den Golfstaaten rasch eine Infrastruktur für die Migranten aus Afghanistan in den Anrainerstaaten Iran, Usbekistan und Tadschikistan aufzubauen. Bei Ortsnaher Unterbringung der Migranten kann mit der gleichen Summe an Geld einer Vielzahl mehr Menschen geholfen werden. Ein Jahr 2015 darf sich nicht wiederholen!“

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

09) Österreich will Abschiebezentren in Ländern rund um Afghanistan einrichten

18. 08. 2021



Youtube Screenshot

Der Plan erfordert die Hilfe der Europäischen Kommission, betont die gemeinsame Erklärung der österreichischen Innen- und Außenminister Karl Nehammer und Alexander Schallenberg

Österreich will mit Hilfe der Europäischen Union Abschiebezentren in Ländern rund um Afghanistan einrichten, in die es abgelehnte Asylwerber schicken könnte. Wien wird den Vorschlag beim heutigen Treffen der EU-Innenminister vorlegen, berichtet die Agentur APA.

Die Regierung des konservativen Bundeskanzlers Sebastian Kurz hält damit an den Plänen fest, afghanische Staatsbürger abzuschicken, obwohl die radikal-islamische Taliban-Bewegung praktisch ganz Afghanistan unter ihre Kontrolle gebracht hat.

Der österreichische Innenminister Karl Nehammer sagte, wenn Abschiebungen von Afghanen in ihre Heimat aufgrund der Europäischen Menschenrechtskonvention nicht möglich seien, müsse eine Alternative gefunden werden.

„Abschiebezentren im Umfeld von Afghanistan wären eine Möglichkeit. Dazu braucht es die Kraft und Unterstützung der Europäischen Kommission“, sagte Nehammer in einer gemeinsamen Erklärung mit Außenminister Alexander Schallenberg.

Österreich gehörte zu den sechs EU-Staaten, die die Europäische Kommission vergangene Woche vor einem Abschiebestopp nach Afghanistan gewarnt hatten. Dies würde ein falsches Signal an andere Afghanen senden, die sich um eine EU-Mitgliedschaft bemühen, so Österreich. Drei Unterzeichner des Briefes – Deutschland, Dänemark und die Niederlande – haben inzwischen eine Kehrtwende vollzogen und die Abschiebung von Afghanen aufgrund der sich rapide verschlechternden Sicherheitslage im Land ausgesetzt.

Die Abschiebung von abgelehnten Asylwerbern wird jedoch von den österreichischen Grünen, einem Koalitionspartner der Kurz-Volkspartei in der Regierung, nicht unterstützt.

„Alle, die jetzt von Abschiebungen reden, statt von akuter Hilfe und Unterstützung für Menschen auf der Flucht, sollten sich schämen“, schrieb Ewa Ernst-Dziedzic, außenpolitische Sprecherin der Grünen, auf Twitter.

Auch die Tschechische Republik beabsichtigt nicht, die Abschiebung abgelehnter afghanischer Asylbewerber zu stoppen. Innenminister Jan Hamáček sagte am Freitag, dass die tschechischen Behörden alle Asylanträge individuell behandeln.

Quelle: [Eurozpravy.cz](https://www.eurozpravy.cz)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER